

72 - 7.07. 1995

5

RHEIN MAIN PRESSE

BUND lehnt Polderbau und höhere Deiche ab

Vorschläge für natürliche Retentionsräume am Rhein

Kül. MAINZ (Eig. Bericht) — Vorschläge für natürliche Retentionsräume entlang des Rheins mit einem Fassungsvermögen von 116 Millionen Kubikmeter Wasser hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vorgelegt. Durch den Bau von Poldern und eine Erhöhung der Deiche würden die Deichlinien zementiert und neue Sachzwänge geschaffen, erklärte der BUND-Landesvorsitzende Mohr gestern in Mainz mit Blick auf das Raumordnungsverfahren „Hochwasserrückhaltung in der rheinhesischen Rheinniederung“. Mit der Polderlösung gehe die Landesregierung erneut den Weg des geringsten Widerstands. Notwendig sei vielmehr ein „Solidarpakt“, an dem alle Rheinanlieger mit Flächen oder Geldzahlungen beteiligt werden müßten, sagte Mohr.

Das Konzept des BUND sieht nach seinen Angaben für Rheinhessen natürliche Retentionsräume in den Bereichen Ingelheim-Heidenfahrt sowie Heidenfahrt-Budenheim, Laubenheim-Bodenheim, Oppenheim-Gimbsheim, Hamm/Eich, Rheindürkheim-Ibersheim, Bürgerweide Worms und Petersaue vor. Sie haben eine Gesamtfläche von etwa 29 Quadratkilometer und könnten rund 43 Millionen Kubikmeter Wasser bei 1,50 Meter Stauhöhe aufneh-

men. In der Pfalz sind im BUND-Konzept 49 Quadratkilometer mit 73 Millionen Kubikmeter Wasser vorgesehen.

Mohr kritisierte, daß entgegen früheren Ankündigungen der Landesregierung, jetzt nur kleine Alibi-Flächen zur Renaturierung übrigblieben. Eine Rückverlegung der Deiche, wie sie der BUND jetzt vorschläge, sei nicht ernsthaft geprüft worden. Deshalb werde die Planung von Poldern in der vorliegenden Form abgelehnt.

Die FDP-Landtagsfraktion forderte unterdessen die Einrichtung eines gemeinsamen Hochwasser-Fonds von Europäischer Union, Bund, Land und der Versicherungswirtschaft gefordert. Der Topf sollte mit mehreren hundert Millionen Mark gefüllt werden, sagte der Abgeordnete Reisinger in Mainz. Eine Pflichtversicherung für Elementarschäden sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Gleichzeitig forderte Reisinger Umweltministerin Martini (SPD) auf, sich „energisch“ in Hessen für eine Nutzung des möglichen Retentionsraums bei Trebur (Kreis Groß-Gerau) einzusetzen. Dort gebe es noch „enorme Möglichkeiten“ zur Rückhaltung, die von der rot-grünen Landesregierung in Hessen aber nicht genutzt würden.